

## STELLUNGNAHME

# Entwurf der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge

---

Zum Erreichen der Klimaneutralität hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) einen Entwurf einer Förderrichtlinie für die Einführung von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference – CCfD) vorgelegt. Mit dem Instrument sollen transformative Produktionsverfahren besonders großer Industrieanlagen finanziert werden. Aus Sicht der WVMetalle bedarf der Richtlinienentwurf einer Überarbeitung, um zu einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung in der Nichteisen(NE)-Metallindustrie beitragen zu können und um keine neuen Wettbewerbsverzerrungen zu schaffen.

### **Komplexität und Unsicherheiten**

Für viele Unternehmen ist das Instrument in der vorgeschlagenen Konstruktion nicht sinnvoll umsetzbar, da es zum einen durch eine verwunderlich hohe Komplexität besticht und zum anderen große Unbekannte voraussetzt, die die Unternehmen bei Gebotsabgabe angeben müssen. Diese haben jedoch einen erheblichen Einfluss auf die Förderung und auf mögliche Rückzahlungen. Insbesondere können die Unternehmen bei Gebotsabgabe nicht wissen, welche Preise sie für ihre künftig grünen Produkte erzielen können. Da dies für NE-Metalle nach heutigem Stand nicht prognostizierbar ist, gehen Antragssteller bei Gebotsabgabe stets ein Risiko ein und haben keine ausreichende Planungssicherheit.

### **Level-playing-field**

Besonders kritisch ist der ausschließliche Fokus auf große Emittenten. Auch Anlagen mit einer geringeren Treibhausgas(THG)-Emissionsmenge haben einen starken Einfluss auf das Erreichen der Klimaneutralität und sind wichtige Stufen in den hiesigen Wertschöpfungsketten. Dies verzerrt den Wettbewerb zu Lasten kleinerer Anlagen des Mittelstands. Daher muss die vorgeschlagene Mindest-THG-Emissionsgröße von 30 kt CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr deutlich gesenkt werden. Das Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“ (DDI) stellt derzeit keine gleichwertige Förderung im Vergleich zu Klimaschutzverträgen dar, da sie keine OPEX fördert. Dies ist aber für die Dekarbonisierung der NE-Metallindustrie unerlässlich. Daher sollte die DDI-Richtlinie, die derzeit überarbeitet wird, künftig auch OPEX fördern.

Durch die ausschließliche Förderung emissionsintensiver Großanlagen ohne parallele Förderung des Grünstrombezugs stromintensiver Industrieanlagen wird darüber hinaus der Wettbewerb zu Lasten jener energieintensiven Branchen verzerrt, die stromintensiv sind bzw. ihre Produktion von emissionsintensive auf stromintensive Verfahren umgestellt haben. Dies kann nicht im Sinne einer effektiven Klimaschutzpolitik sein. Daher muss die Bundesregierung schnellstmöglich ein Instrument einführen, das der NE-Metallindustrie CO<sub>2</sub>-freien Strom zu international wettbewerbsfähigen Preisen zusichert. Dies kann zum Beispiel ein Europäischer Industriestrompreis leisten. Damit wird zugleich der Fuel-Switch, insbesondere von Gas auf Strom, für die Prozesswärme angereizt.

*Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen-Metallindustrie mit 105.000 Beschäftigten in 625 Unternehmen. Im Jahre 2021 erwirtschaftete die Branche einen Umsatz von insgesamt 66,3 Milliarden Euro (Stand Mai 2022).*

**Berlin, den 23. Dezember 2022**

**Kontakt:**

Nima Nader

Leiter Klimapolitik und Verkehrspolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 102

E-Mail: [nader@wvmetalle.de](mailto:nader@wvmetalle.de)

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin